Herbst 2023
FCG-Magazin 03/2023 | MZ 10Z038725M
Erscheinungsort Wien | Österreichische Post AG

vorrangmensch

Magazin der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter im ÖGB



„Gemeinsam gestalten wir die Arbeitswelt von morgen!“

Schwerpunkte dieser Ausgabe:

- Aktuelle Herausforderungen – Berichte aus den Gewerkschaften
- GÖD-Bundeskongress
- FCG-Oktoberfest 2023

FCG

www.fcg.at

Eine starke GÖD-FCG



Im Mittelpunkt der Mensch

www.goedfcg.at

göd.fcg

Kolleginnen und Kollegen stärken.
Verantwortung leben.



Faire Löhne in Zeiten der Teuerung sind das Gebot der Stunde!

Abg.z.NR Mag.ª Romana Deckenbacher
FCG-Bundesvorsitzende
ÖGB-Vizepräsidentin

LIEBE KOLLEGINNEN UND KOLLEGEN!

Inmitten der diesjährigen **Herbstlohnrunde stehen wir vor besonderen Herausforderungen.** Aktuell durchleben wir eine Phase wirtschaftlicher Schwierigkeiten, jedoch zeigen die Prognosen für 2024 bereits wieder positives Wirtschaftswachstum. Dabei sollten wir beachten, dass die österreichische Wirtschaft in den letzten beiden Jahren eine Phase des Wirtschaftswachstums erlebt hat. Deshalb ist es aus unserer Sicht unerlässlich, dass die **Lohn- und Gehaltsverhandlungen** in den verschiedenen Branchen zu einer vollen **Abgeltung der rollierenden Inflation und einer nachhaltigen Kaufkraftsteigerung** der Beschäftigten führen. Die **Leistung der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer muss angemessen honoriert werden!**

Wir begrüßen in diesem Zusammenhang die Bemühungen der Bundesregierung, die **Inflation zu senken,** die **Kaufkraft der Menschen zu erhalten** und die **Familien zu unterstützen.** Diesen Herbst wurden weitere wichtige Maßnahmenpakete vorgestellt, die zahlreiche wichtige **FCG-Forderungen** enthalten. Mit dem letzten Drittel der kalten Progression, rund 1,2 Milliarden Euro, wird die **steuerliche Begünstigung von Überstunden** ausgeweitet, die **Steuerfreigrenze bei Schwer- und Schmutzarbeit** nach oben gesetzt, der **Kindermehrbetrag von 550 Euro auf 700 Euro** erhöht, der **Zuschuss zur Kinderbetreuung** aufgestockt und die kostenlose Inanspruchnahme von **Betriebskindergärten** erweitert.

Das kürzlich vorgestellte **Paket zur Kinderbetreuung,** mit einem Volumen von 4,5 Milliarden Euro, ist ebenfalls ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung. Die darin enthaltene **bedarfsorientierte Betreuungsgarantie ab dem 1. Lebensjahr** ist ein Meilenstein, um die Vereinbarkeit von Familie und Beruf zu garantieren. Eine weitere positive Regelung ist die **Einführung des Rechtsanspruches auf Freistellung zur Begleitung von Kindern bei Rehabilitationsaufenthalten** ab 1. November 2023, die aktuell für den Öffentlichen Dienst noch verhandelt wird**.** Dies ist eine notwendige Unterstützung für berufstätige Eltern und dient maßgeblich der Förderung der Kindergesundheit.

Die **Pensionen** werden im kommenden Jahr **2024** in einem **Ausmaß von 9,7 %** bis zu einem Gesamtpensionseinkommen von 5.850 Euro **erhöht**. Das führt zu einer vollen Abgeltung der Inflation für die kleinen und mittleren Pensionen sowie zu einer nachhaltigen **Steigerung des Einkommens aller Pensionistinnen und Pensionisten.**

Mit Blick auf die anhaltende hohe Inflation und die negativen Konjunkturaussichten sind dennoch **weitere Lösungen** mit nachhaltigem Fokus erforderlich. Dies betrifft vor allem die **Erhöhung der Tagesdiäten und des Kilometergeldes,** eine weitere **Reduktion der Steuerbelastung auf Arbeit,** Zugang zu **fairen und sicheren Spar- und Finanzierungsprodukten** und **steuerliche Erleichterungen für ehrenamtliche Helferinnen und Helfer.**

Auch diese Forderungen der FCG können nur ein Teil der Lösung der momentanen Herausforderungen sein. Von zentraler Bedeutung ist es, mit **Optimismus in die Zukunft zu blicken** und jede Herausforderung als Chance zu sehen, das **Leben der Menschen in Österreich spürbar zu verbessern.** ■

Eure Romana Deckenbacher
FCG-Bundesvorsitzende



Mag. Denis Strieder
FCG-Pressereferent

Editorial

Liebe Leserin, lieber Leser,

in der aktuellen Ausgabe unseres Magazins lesen Sie über die **aktuellen Herausforderungen in der Arbeitswelt** in den unterschiedlichen Branchen und Berufsgruppen. Hierfür **berichten Betriebsrätinnen und Betriebsräte sowie Personalvertreterinnen und Personalvertreter aus allen Fachgewerkschaften** aus ihrem Berufsleben und sprechen über die Anforderungen, Problemstellungen und mögliche Maßnahmen, um die Arbeitsbedingungen für ihre Kolleginnen und Kollegen zu verbessern.

Darüber hinaus blicken wir auf den außerordentlichen **GÖD-Kongress,** der in Wien stattgefunden hat, und **gratulieren Dr. Eckehard Quin sehr herzlich zur Wahl zum neuen Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst (GÖD)**. Zudem lassen wir das FCG-Oktoberfest 2023 Revue passieren und empfehlen eine ganze Reihe spannender Artikel, die sich unter anderem mit den Themen Chancengleichheit, „Equal Pension Day" und den Pensionserhöhungen beschäftigen.

Im Namen des Teams wünsche ich Ihnen viel Freude beim Lesen! ■

Denis Strieder
Chefredakteur von „Vorrang Mensch"

Die aktuellen Herausforderungen

Spannende Berichte aus allen Fachgewerkschaften

**Mitglieder des Betriebsrates und der Personalvertretung am Wort:
Welche Herausforderungen gibt es und welche Maßnahmen können gesetzt werden, um die Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen deutlich zu verbessern.**

Arbeit muss belohnt werden!

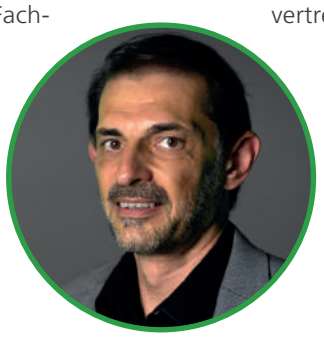
MITTLERWEILE BIN ICH SEIT ÜBER ZWEI JAHRZEHNTEN TEIL DES ARBEITER-BETRIEBSRATES und freue mich jeden Tag auf die neuen Herausforderungen als Betriebsrat, es handelt sich hier um eine ungemein spannende Tätigkeit! Plasser und Theurer ist der Weltmarktführer im Bereich Fertigung und Konstruktion von Bahnbaumaschinen und es handelt sich hierbei um ein Unternehmen, das weltweit einzigartig ist und viel im Bereich Forschung und Entwicklung investiert. Aus wirtschaftlicher Perspektive haben wir gut gefüllte Auftragsbücher, aber auch wir sind mit branchenüblichen Problemen wie dem Fachkräftemangel konfrontiert. Die Arbeitsbelastung in vielen Bereichen ist hoch, es hat sich in der Arbeitswelt vieles geändert und der Fachkräftemangel trägt dazu bei, dass der Druck auf die Mitarbeiter:innen steigt. Hinzu kommt, dass wir die Qualität sowie Lieferzufriedenheit stetig erhöhen möchten und darüber hinaus führt der technologische Fortschritt dazu, dass die Kolleginnen und Kollegen vor immer neuen Herausforderungen stehen. In diesem Zusammenhang entstehen auch neue Berufe wie die:der „Starkstromelektriker:in" – insofern ist die Weiterbildung ein wichtiger Faktor im Unternehmen. Mit Blick auf die Herbstlohnrunde und die massive Teuerungsrate bedarf es angemessener Lohnerhöhungen. Weitere zentrale Forderungen unserer Kolleginnen und Kollegen sind die Erhöhung der Pendlerpauschale und des Kilometergeldes, die weitere steuerliche Entlastung des Faktors Arbeit, bessere Schutzregelungen für Betriebsrätinnen und Betriebsräte und ein leichterer Zugang zur Schwerarbeitspension – „45 Jahre sind genug". ■



Hubert Nötstaller
Betriebsratsvorsitzender
Plasser & Theurer

Die Herausforderungen sind nicht weniger geworden!

ALS BETRIEBSRAT IN EINEM MITTELGROSSEN UNTERNEHMEN IM SOZIALBEREICH, der Caritas Steiermark mit rund 2400 Beschäftigten an circa 160 Standorten und mobilen Angeboten für alle Bevölkerungsgruppen mit diversen Bedürfnissen, bin ich natürlich mit ganz unterschiedlichen Situationen und Problemstellungen konfrontiert. Gottlob ist die allgemeine Situation im Unternehmen klimatisch durch die neue Direktion erheblich besser geworden. Die Herausforderungen im Betrieb, das Angebot für die Betreuten und vertretbare Arbeitsbedingungen für die Kolleginnen und Kollegen bieten zu können, sind jedoch nicht weniger geworden. Der allseits herrschende Fachkräfte- und Arbeitskräftemanngel macht auch vor der Caritas nicht halt. In der Pflege ist das besonders spürbar. Fehlendes Personal erhöht für die Beschäftigten die Arbeitsbelastung, nicht im Regelbetrieb, aber sehr wohl dort, wo Ausfälle zu bewältigen sind. Steigende Infrastrukturkosten im Zuge der Teuerung erhöhen den Druck auf die Leitungen, unter den Gegebenheiten noch halbwegs vertretbare Betriebsergebnisse zu erzielen. Das erhöht aufgrund der geringer werdenden Mittel durch erforderliche Optimierungen den Druck auf die Beschäftigten. Verbesserungen für die Beschäftigten sind dringend notwendig, vor allem eine Reduktion der Arbeitsbelastung, die Aufnahme von mehr Personal und eine entsprechende finanzielle Anerkennung der Leistung. ■



Stefan Kraker
Betriebsrat Caritas Steiermark

in der Arbeitwelt

Wir wünschen uns eine spürbare Verbesserung der Arbeitsbedingungen!

göd.fcg

SEIT ELF JAHREN BIN ICH ABTEILUNGSKOMMANDANTIN IN DER JUSTIZANSTALT KORNEUBURG und seit 2019 Vorsitzende des Dienststellenausschusses. In dieser Funktion bin ich für 93 Exekutivbeamtinnen und -beamte zuständig. Die Arbeitssituation in der Justizanstalt ist generell nicht einfach, da wir uns mit einem massiven Personalmangel konfrontiert sehen. Abgänge können nicht in ausreichendem Ausmaß durch Neuzugänge kompensiert werden. Dies hat zur Folge, dass die Kolleginnen und Kollegen durchgehend einer extrem hohen Arbeitsbelastung ausgesetzt sind. Der Beruf ist für mich zur Berufung geworden und hat viele interessante Aspekte, aber wir arbeiten in einem Umfeld, das ein sehr hohes Maß an Verantwortung und mentaler Stärke erfordert. Der Dienst in der Justizanstalt wird rund um die Uhr im Schicht- und Wechselbetrieb geleistet, hierdurch kommen zur bestehenden 40-Stunden-Woche noch drei bis vier Nachtdienste pro Person im Monat hinzu. Die Zahl der psychisch auffälligen Insassen und der körperlichen Übergriffe gegenüber den Kolleginnen und Kollegen nimmt zu. Der Beruf ist psychisch und physisch sehr herausfordernd und die angesprochene Entwicklung verschärft dies zusätzlich. Die mit Abstand wichtigste Maßnahme zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen wäre eine Aufstockung des Personals, um die Überstunden und den großen Arbeitsdruck zu reduzieren. Eine weitere Forderung ist die Ausweitung der Schwerarbeiterregelung, diese greift derzeit nur für Personen, die mindestens 50 % der Arbeitszeit Direktkontakt mit Insassen haben. Die dritte grundlegende Maßnahme zur Attraktivierung des Berufes ist die Erhöhung der Grundgehälter und Zulagen, um ein adäquates Gehalt sicherzustellen. ■



Claudia Gradinger
Dienststellenausschuss-Vorsitzende Justizanstalt Korneuburg

Der Arbeitsdruck wird immer höher!

FCG BAU-HOLZ

ALS ARBEITER-BETRIEBSRATSVORSITZENDER VON ÜBER 3750 MITARBEITER:INNEN gewinnt man ein gutes Gespür für die Anliegen der Beschäftigten in unserer Branche. Unsere größte Herausforderung ist mit Sicherheit der akute Personalmangel, diesen merkt man bei allen Unternehmen. Die Auftragslage ist gut und die Arbeitsplatzsicherheit im Grunde für alle gewährleistet. Aber durch den Arbeitskräftemangel kann man davon ausgehen, dass sich – dem Umstand geschuldet – in ganz Österreich Baustellen verzögern. Wir haben hinsichtlich der Arbeitszeiten Regelungen getroffen, die für unsere Mitarbeiter:innen weitestgehend gut funktionieren, dies beinhaltet unter anderem das System von abwechselnden „kurzen" (36 h) und „langen" (45 h) Wochen. Die Schwierigkeiten in unserem Sektor liegen vor allem hinsichtlich der Arbeitsbelastung, die wirklich sehr hoch ist. Die Arbeit ist körperlich und psychisch anstrengend, das geht einher mit den vielen psychischen Belastungen unserer Gesellschaft, die wir alle spüren, wie die enormen Preissteigerungen.

Der Druck steigt und das hat Auswirkungen auf die Belegschaften, auch die Arbeit der Betriesbrätinnen und Betriebsräte ist fordernder geworden, auch hier steigt der Druck dementsprechend. Wichtig für unsere Kolleginnen und Kollegen ist vor allem, dass Maßnahmen gegen die Teuerung gesetzt und im Zuge der Kollektivvertragsverhandlungen die Inflation und das Produktivitätswachstum bei den Lohnerhöhungen abgebildet werden. Die Erhöhung der Pendlerpauschale sowie des Kilometergeldes und die Anrechnung der Fahrzeiten zu den Baustellen als Dienstzeit sind weitere zentrale Forderungen, um Verbesserungen für die Kolleginnen und Kollegen zu erzielen. ■



Josef Brunner
Betriebsratsvorsitzender Bodner Bau

...weiter auf der nächsten Doppelseite!

Die aktuellen Herausforderungen in der Arbeitwelt

Aus unserer Sicht bedarf es vor allem mehr Wertschätzung in Form von höheren Löhnen und weniger Arbeitsbelastung!

ICH BIN AKTUELL FILIALLEITERIN/KNOTENLEITERIN BEI DER POST IN WOLFSBERG sowie VPA-Vorsitzende im Bereich Wolfsberg (VPA = Vertrauenspersonenausschuss). Dadurch, dass ich seit mittlerweile 28 Jahren als Angestellte im Unternehmen tätig bin und in dieser Zeit die verschiedensten Positionen innehatte, von der Post- und Paketzustellerin, über den Schalter bis zur BAWAG/PSK-Finanzberaterin und auch als Schalterspringerin in Kärnten und Steiermark eingesetzt wurde, habe ich einen guten Einblick in die aktuellen Herausforderungen im täglichen Betrieb. Wir haben es in erster Linie mit einem deutlich spürbaren Personalmangel und einer gleichzeitigen hohen Personalfluktuation zu tun – angefangen bei den Zusteller:innen bis hin zur Besetzung des Kundenschalters in den Filialen. Die Flut an Paketen, die in den letzten Jahren enorm zugenommen hat, ist für die Zusteller:innen fast nicht mehr zu bewältigen. Am Schalter haben wir das Problem, dass wir fixe Öffnungszeiten haben, an denen die Schalter selbstverständlich besetzt sein müssen. Das führt dazu, dass die Kolleg:innen mit dem Hintergrund des Personalmangels in beiden Bereichen einen deutlichen Mehraufwand haben, entweder in Form von größeren Zustelltouren und/oder Überstunden. Es gibt de facto auch keine Ruhephasen mehr, die Arbeitsbelastung ist sehr hoch und über das ganze Jahr hinweg konstant. Auf technischer Ebene finden ebenfalls große Veränderungen statt, wie die steigende Zahl der Abhol- und Aufgabestationen, die Besprechungen und Seminare über Teams und die Online-Selbstlernprogramme für die Mitarbeiter:innen. Wichtig wäre es, den Beruf wieder so attraktiv wie möglich zu machen. Das umfasst viele Faktoren, aber aus unserer Sicht bedarf es vor allem mehr Wertschätzung in Form von höheren Löhnen, weniger Arbeitsbelastung sowie der Aufnahme der Gesamtzusteller:innen in die Schwerarbeiterregelung! ■



Andrea Kos
Personalvertreterin Post AG

Das Wichtigste wäre ein eigener Kollektivvertrag für die Abfallwirtschaft/Kreislaufwirtschaft!

ICH BIN SEIT 2012 BETRIEBSRATSVORSITZENDER UND SEIT 2020 VORSITZENDER DES BETRIEBSRATSAUSSCHUSSES bei der Brantner Österreich GmbH. In dieser Funktion bin ich für ca. 500 Mitarbeiter:innen an 13 Standorten in Österreich zuständig und darüber hinaus auch im Aufsichtsrat tätig. Zu den aktuellen Herausforderungen zählen die erhöhten Energiepreise, ein Preisverfall bei einigen Wertstoff/ Recycling-Materialien und ein zunehmend umkämpfter Markt. Zudem ist unsere Branche vom Fachkräftemangel betroffen, weshalb vor allem LKW-Fahrer:innen gesucht werden. Die Lage führt dazu, dass unsere LKW-Fahrer:innen zusätzlich gefordert sind und die Arbeitsbelastung steigt. Der technologische Fortschritt ermöglicht Abhilfe durch die zunehmende Digitalisierung und Automatisierung vieler Arbeitsschritte. Wir bilden außerdem auch selbst Arbeitnehmer:innen – teilweise langjährige Mitarbeiter:innen – zu Berufskraftfahrer:innen aus. Neue Technologien ermöglichen neue Wege, wie unser patentiertes Nassaufbereitungsverfahren, das bis zu 30% mehr Metalle aus der MVA-Schlacke zieht, welche wiederum recycelt werden können. Das größte Verbesserungspotenzial für die Kreislaufwirtschaft wäre die Einführung eines eigenen Kollektivvertrages. Aufgrund dieser fehlenden Vorgabe werden derzeit Güterbeförderungs-Kollektivverträge angewandt, wobei die beschriebenen Arbeitstätigkeiten nur zu einem geringen Teil zutreffen. Darüber hinaus braucht es höhere Grundlöhne, um den enormen Preissteigerungen entgegenwirken zu können. Damit würden die Lebensqualität und die allgemeine Arbeitsmotivation steigen. Von der Politik wünsche ich mir vor allem die Besinnung auf das Miteinander in der Gesellschaft und persönlich vertrete ich eine christlich-soziale Mitte. ■



Thomas Svejda
Betriebsratsvorsitzender Brantner

– spannende Berichte aus allen Fachgewerkschaften

Zielsetzung muss die Verbesserung der Arbeitsbedingungen sein, um die Mitarbeiter:innen zu halten und zu motivieren!

ICH BIN DIPLOMIERTE GESUNDHEITS- UND KRANKENPFLEGERIN und seit rund einem Jahr als Personalvertreterin im AKH für ungefähr 2700 Mitarbeiter:innen der Pflege zuständig. Das Aufgabenfeld ist bei so einer großen Anzahl an Kolleg:innen naturgemäß sehr breit und umfasst dienstrechtliche Fragen, Klärungen aller Art bis hin zu Fällen von Streitigkeiten und Mobbing. Mir liegen die Mitarbeiter:innen sehr am Herzen und ich setzte mich täglich dafür ein, die Arbeitsbedingungen zu verbessern. Hier gibt es viele Strukturen, an denen Änderungen zur Erreichung der Ziele vorgenommen werden können. Die erste und wichtigste Maßnahme wäre eine Angleichung der Gehälter, wie z. B. die Anpassung an das Gehalt der optierten Pflegekräfte. Darüber hinaus bedarf es selbstverständlich angemessener Lohnerhöhungen, die über symbolische Formen der gesellschaftlichen Wertschätzung hinausgehen, Stichwort „Klatschen" während der COVID-19-Pandemie. Weitere wichtige Schritte sind aus meiner Sicht eine leichtere Erreichbarkeit der 6. Urlaubswoche, faire Bedingungen für die Pensionierung, entsprechende Gesundheitsansprüche, die Auszahlung von Zulagen und Nebenkosten sowie die Schaffung einer Personalreserve zum Einspringen, falls jemand krankheitsbedingt ausfällt. Die psychische und physische Belastung sowie der Verantwortungsgrad im Pflegebereich, insbesondere im Krankenhaus, sind enorm. Im Zentrum sollte der Kreislauf zwischen Arbeit, Gesundheit und dem Wohlfühlfaktor stehen, um einem Personalmangel vorzubeugen und Patientinnen und Patienten weiterhin optimal zu betreuen. Der Mensch sollte mehr im Mittelpunkt stehen! ■



Monika Richardson
Personalvertreterin Allgemeines Krankenhaus (AKH) Wien

Alt, arm, weiblich ist noch immer – auch in diesem Jahr – erschreckende Realität

ANLÄSSLICH DES EQUAL PENSION DAYS MACHTE DIE FCG/GPA auf die prekäre Lage der Frauen aufmerksam. Am 4. August haben Männer bereits so viel Pension erhalten, wie Frauen erst bis zum Jahresende erhalten werden. Das bedeutet, Frauen steigen auch und noch immer in der Pension massivst schlechter aus. Wenn die Ungleichheit nicht behoben wird, wird der Pension Pay Gap erst im Jahr 2170 überwunden sein. Karin Zeisel, Bundesfrauenvorsitzende der Fraktion Christlicher Gewerkschafter:innen in der Gewerkschaft GPA kritisierte besonders, dass sich das österreichische Pensionssystem immer noch an Vollbeschäftigung ohne Erwerbsunterbrechung orientiert. Und die ist meist den Männern vorbehalten. „Wir wissen, dass unsere Gesellschaft ohne Frauen nicht funktioniert, wie auch die Zeitverwendungserhebung der Statistik Austria zeigt", stellt Zeisel klar. Frauen leisten auch 2023 den größten Teil der unbezahlten Arbeit. Sie übernehmen Care-Arbeit für zu pflegende Angehörige und Kinder, erledigen den Großteil des Haushaltes, gehen in Karenz und arbeiten danach meist Teilzeit. All das führt dazu, dass Frauen armutsgefährdeter sind. Um mehr Frauen in Vollzeit zu bringen, brauche es eine bessere und längere Anrechnung der Kindererziehungszeiten, eine partnerschaftliche Aufteilung der Sorgearbeit und einen Ausbau an Kinderbildungsplätzen, ist die FCG/GPA überzeugt. Als tatsächliche Chance für weibliche Pensionen sieht die FCG/GPA eine Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Denn wenn man die Normalarbeitszeit um ein paar Stunden reduzieren würde, erreichen viele Frauen, die momentan in Teilzeit arbeiten, leichter die Vollzeit. Das bedeutet volle Bezüge und damit positive Auswirkung auf die Pension. ■



Karin Zeisel
Stv. Betriebsratsvorsitzende Erste Group Bank AG

GÖD-Kongress 2023:

Christgewerkschafter Eckehard Quin mit 90,99 % zum neuen Vorsitzenden gewählt

Beim außerordentlichen GÖD-Bundeskongress am 12. September 2023 wurde Mag. Dr. Eckehard Quin mit einem eindrucksvollen Ergebnis von 90,99 Prozent zum neuen GÖD-Vorsitzenden gewählt.



Foto: © Andi Bruckner



Foto: © Andi Bruckner



Foto: © Andi Bruckner

„Miteinander mehr Gerechtigkeit" lautete das Motto des außerordentlichen Bundeskongresses der GÖD, zu dem rund 800 Delegierte nach Wien gekommen waren, um ihren neuen Vorsitzenden zu wählen und einen richtungsweisenden Leitantrag zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen im Öffentlichen Dienst zu beschließen.

Bundeskanzler Nehammer lobte darin den Gestaltungswillen der GÖD und den großen Einsatz der Kolleginnen und Kollegen unter schwierigen Bedingungen.

Die Eckpunkte des Leitantrages umfassen unter anderem eine Rekrutierungsoffensive sowie die Schaffung eines neuen Dienst- und Besoldungsrechtes für den gesamten Bundesdienst, wie es bereits in vielen Regierungsprogrammen angekündigt wurde. Auch die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und andere familienfreundliche Regelungen sollen weiter ausgebaut werden, heißt es im Leitantrag. Der Öffentliche Dienst soll eine Vorbildfunktion einnehmen und darüber hinaus in Zukunft verstärkt zur Erreichung der globalen Klimaziele beitragen.

Über 98 Prozent der anwesenden Delegierten machten von ihrem Stimmrecht vor Ort im Wahllokal Gebrauch. Die Wahl der Delegierten fiel eindeutig aus: 90,99 Prozent wählten Mag. Dr. Eckehard Quin zum Vorsitzenden der Gewerkschaft Öffentlicher Dienst, der dem bisherigen Vorsitzenden Dr. Norbert Schnedl in dieser Funktion nachfolgt. In einer ersten Reaktion bedankte sich Eckehard Quin für den überwältigenden Vertrauensvorschuss und würdigte den Einsatz und die Arbeit aller, die das ermöglicht haben. „Miteinander haben wir schon viele Meilensteine gesetzt und ich bin davon überzeugt, dass wir gemeinsam noch viel mehr erreichen können!", begegnet Quin seiner neuen verantwortungsvollen Funktion mit Zuversicht.

Als langjähriger Personalvertreter und Gewerkschafter, zuletzt als Vorsitzender-Stellvertreter und Bereichsleiter für Dienstrecht in der GÖD, engagiert sich Quin bereits sein gesamtes Berufsleben für soziale Gerechtigkeit. Nicht nur die Temperaturen im Kongresssaal seien heiß, er erwarte auch einen „heißen Herbst", gab sich Quin im Hinblick auf die Gehaltsverhandlungen in seiner Ansprache kämpferisch. Er gehe zwar davon aus, wie bisher am Verhandlungstisch ein Ergebnis zu erzielen, scheue aber auch den Weg auf den Ballhausplatz nicht. Er werde keinen Abschluss unter der rollierenden Inflation akzeptieren, denn „der Öffentliche Dienst ist nicht die Sparkasse der Republik", so Quin. Neben den Gehaltsverhandlungen sind die Sozialpartnerschaft und die Künstliche Intelligenz wichtige Themen für den neuen Vorsitzenden. Die Zweite Republik sei eine Erfolgsgeschichte. Unsere Heimat gehöre zu den reichsten Ländern der Welt. „Dieser Erfolg hat viele Väter und sicher auch eine Mutter: die österreichische Sozialpartnerschaft", zitiert Quin den langjährigen Leiter des Wifo Karl Aiginger. Aufgrund der Sozialpartnerschaft könne Österreich im internationalen Vergleich eine geringe Arbeitslosenrate, ein gutes Sozialsystem und eine erfolgreiche Wirtschaft aufweisen.

Sein Versprechen für die Zukunft: „Ich setze mich dafür ein, dass alle Kolleginnen und Kollegen im Öffentlichen Dienst die Anerkennung und Wertschätzung erhalten, die sie verdienen. Denn sie sind es, die unser Land am Laufen halten und es jeden Tag stabiler, sicherer, gesünder, gebildeter und gerechter machen." ■

Gelungenes FCG-Oktoberfest 2023 im Wiener Prater

AM 13. SEPTEMBER 2023 WAR ES ENDLICH WIEDER SOWEIT! FCG-Bundesvorsitzende Abg. z. NR Mag.ª Romana Deckenbacher hat zum traditionellen FCG-Oktoberfest in den Wiener Prater geladen und zahlreiche Besucher:innen und Ehrengäste, allen voran Innenminister Gerhard Karner und ÖAAB-Bundesobmann NR August Wöginger, sind der Einladung gefolgt! Es waren noch nie so viele Besucher:innen beim FCG-Oktoberfest wie in diesem Jahr, insofern war die Veranstaltung ein voller Erfolg. Wir bedanken uns sehr herzlich bei allen fürs Dabeisein! ■



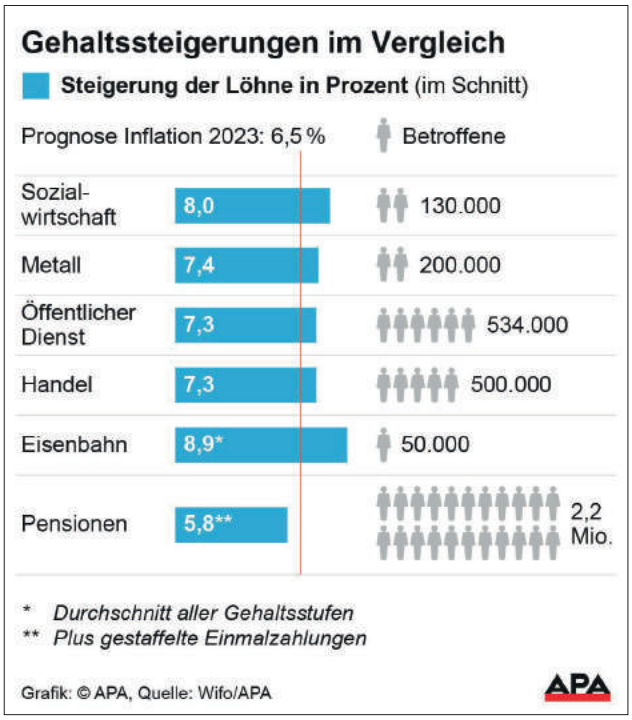
Fotos: © Weinwurm

Erhöhung (fast) aller Pensionen um

DIE BUNDESREGIERUNG HAT NICHT NUR DIE PENSIONEN UM DIE ERMITTELTEN 9,7 PROZENT ERHÖHT, sondern auch die Ausgleichszulage im selben Ausmaß angehoben. Darüber hinaus ist eine „Schutzklausel" für Neupensionistinnen und -pensionisten vorgesehen, um finanzielle Nachteile bei einem Pensionsantritt im Jahre 2024 auszugleichen. Eine dauerhafte Abschaffung der Aliquotierung ist in diesem Pensionspaket bisher nicht vorgesehen und Pensionen über 5.850 Euro werden nur um einen Fixbetrag erhöht.

Fast alle Pensionen in der gesetzlichen Pensionsversicherung werden um 9,7 Prozent erhöht, was sich aus der Durchschnittsinflation der letzten zwölf Monate ergibt.

Pensionen über der Höchstbeitragsgrundlage von 5.850 Euro wird ein Fixbetrag in der Höhe von 568 Euro zugestanden. Für diese Pensionen wird, wie in den vergangenen Jahren, auch diesmal vom sogenannten Versicherungsprinzip abgewichen. Dass der betroffene Personenkreis darüber nicht besonders erfreut sein wird, ist nachvollziehbar. Denn in den vergangenen Jahren ist diese De-facto-Entwertung dieser Pensionen, die oftmals auch pauschal als „Luxuspensionen" bezeichnet werden, vermutlich nur deshalb erfolgt, weil man sich Beifall und Zustimmung der übrigen Pensionsbezieher:innen sichern wollte. Die jahrzehntelang ohne Höchstbeitragsgrundlage einbezahlten hohen Pensionsbeiträge waren offensichtlich auch diesmal bei den Verhandlungen auf politischer Ebene kein



Tatsächliche Chancengleichheit für unsere Kolleginnen in allen Lebensphasen

DIE SORGE BETREFFEND FRAUENALTERSARMUT BESCHÄFTIGT VIELE VON UNS. Jede erwerbstätige Frau in Vollbeschäftigung ohne Karenzzeiten hat gute Chancen, in ihrer Pension nicht der Altersarmut ins Auge sehen zu müssen.

Frauen mit einem Kind oder mehreren Kindern und unterschiedlichen Karenzzeiten oder auch Teilzeiten können aus verschiedenen Gründen von der Altersarmut betroffen sein.

Die besseren Vereinbarungsmöglichkeiten von Familie, Privatleben, Care-Arbeit und Beruf sind ein wichtiger Schlüssel, um tatsächliche Chancengleichheit auch in der Pension erreichen zu können.

Am 20.6.2023 fand im Vorfeld des ÖGB-Bundeskongresses der 20. Bundestag der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter – FCG im ÖGB – unter dem Motto „FAIR im Dialog – STARK in der Sache" statt. In unserem 23-seitigen neuen Arbeitsprogramm nimmt auch die Chancengleichheit einen großen Stellenwert ein.



Mag.ª Ursula Hafner
FCG Bundesfrauenvorsitzende
Stellvertretende FCG Vorsitzende

Wir fordern unter anderem in diesem Bereich:

- einen Anspruch auf jede Form der Kinderbetreuung (z.B. auch Tagesmütter/-väter) und damit ein Angebot für qualitativ hochwertige Kinderbetreuungsmöglichkeiten mit Wahlfreiheit
- eine Informationspflicht der Arbeitgeber:innen an die Arbeitnehmer:innen

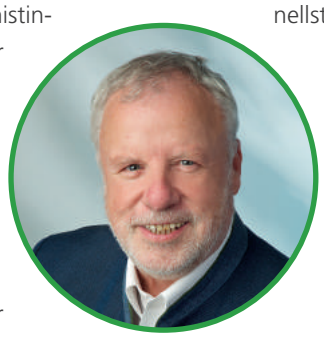
9,7 Prozent ab 2024

berücksichtigungswürdiges Argument. Wieder ein kleiner Schritt in Richtung heraus aus dem Versicherungsprinzip.

Die „Schutzklausel" stellt sicher, dass bei einem Pensionsantritt erst im Jahr 2024 keine Nachteile in der Pensionshöhe eintreten. Bei einem Pensionsantritt im Jahr 2024 werden die durch die verzögerte Aufwertung der Beitragsgrundlagen am Pensionskonto sich ergebenden Nachteile durch eine Erhöhung der Bruttopension von 3,4 auf 9,7 Prozent ausgeglichen. Allerdings wird seitens des Seniorenrates angeregt, bereits jetzt diese Regelung auch für 2025 einzuführen. Ein weiterer Kritikpunkt ist, dass diese Bestimmung nur für die Alterspension anwendbar ist. Nach derzeitiger Lesart werden Langzeitversicherte, Schwerarbeits-, Invaliditäts- und Korridor-Pensionistinnen und Pensionisten von dieser „Schutzklausel" nicht erfasst.

Ebenfalls keine Berücksichtigung fand bisher der Umstand, dass die hohe Inflation der Monate August 2022 bis Juli 2023 erst zu Jahresbeginn 2024 ausgeglichen wird und daher von den Pensionistinnen und Pensionisten aus der eigenen Tasche vorfinanziert werden muss.

Die Aliquotierung der Pensionen ist für die Jahre 2023 und 2024 aufgehoben. Vor einer endgültigen Streichung wird seitens der Bundesregierung eine ausstehende Entscheidung des Verfassungsgerichtshofes abgewartet.



Wilhelm Waldner
Bundesvorsitzender der FCG-Pensionistinnen und Pensionisten im ÖGB

Die vor jeder Pensionserhöhung zu vernehmenden kritischen Kommentare und Bemerkungen sind auch diesmal nicht ausgeblieben. Von „Die Regierung darf jetzt keine Pensionsgeschenke machen", denn diese seien „unfinanzierbar und ungerecht" bis zu der Forderung nach einer „Pensionsrevolution", verbunden mit dem Hinweis auf die Einführung einer „Aktienpension für alle" lauten die originellsten Meldungen. Sogar vor einem Ausspielen der Aktiven und der Pensionistinnen und Pensionisten wird nicht zurückgeschreckt. Es wird freiweg behauptet, dass die Einkommen der Pensionistinnen und Pensionisten in Österreich seit Jahren deutlich stärker gestiegen sind, als die Einkommen der Erwerbstätigen, dem die beigefügte Grafik aber widerspricht.

Insgesamt ist die im Ministerrat beschlossene Pensionserhöhung ein herzeigbares Ergebnis, mit der die Folgen der Inflation einigermaßen ausgeglichen werden und die Kaufkraft erhalten bleibt. Die ebenfalls vorgesehene Erhöhung der Ausgleichszulage um 9,7 Prozent zeigt, dass auch die soziale Verantwortung wahrgenommen wird. ■

über die rechtlichen Auswirkungen von Karenzzeiten bzw. Teilzeiten im Hinblick auf die Pension. (Der Dienstgeber bzw. die Dienstgeberin muss einen Teilzeitrechner zur Verfügung stellen.)

- ein Rückkehrrecht nach Teilzeit in Vollzeit mit Rechtsanspruch. Diese darf keine Einbahnstraße sein, sondern eine Phase im Leben.

- eine Verbesserung für Frauen im Hinblick auf Arbeitszeit, Bezahlung, Teilzeit und Jobvergabe – intensive Aufklärung für Frauen bei freiwilliger Teilzeitarbeit in Hinblick auf die Pension

- einen verpflichtenden Informationsaustausch zwischen Betrieben und karenzierten Mitarbeiter:innen.

- die Erhöhung der Anrechenbarkeit von Kindererziehungszeiten von vier Jahren pro Kind für alle erwerbstätigen Frauen. Keine Diskriminierung von Beamtinnen und Beamten bei Ruhestandsversetzung im Vergleich zu ASVG-Bediensteten

- die Anrechnung von Kindererziehungszeiten für die Korridorpension bzw. bessere Anrechnung von Kindererziehungszeiten (diese sollen zumindest zum Teil ruhegenussfähig werden)

Viele Parameter sind in diesem Zusammenhang strukturell bedingt und müssen für Frauen zum Positiven verändert werden. Eine wesentliche Verantwortung tragen Arbeitgeber:innen. Durch gezielte frauen-, männer- und familienfreundliche Maßnahmen kann echte Chancengleichheit geschaffen werden.

Der österreichweite Equal Pay Day 2023 wurde für den 31.10. berechnet, der Einkommensunterschied beträgt 16,9 %. Damit gibt es auch beim Gender Pay Gap deutlichen Verbesserungsbedarf. Wir FCG Frauen werden uns auch weiterhin unermüdlich für Chancengleichheit für unsere Kolleginnen einsetzen. ■

Nach der Wahl ist vor der Wahl!

HERZLICHEN DANK AN DIE TAUSENDEN, die der Fraktion Christlicher Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter bei den Personalvertretungs- und Gewerkschaftswahlen bei Post und Telekom ihr Vertrauen geschenkt haben. Herzlichen Dank aber auch an die hunderten Funktionärinnen und Funktionäre, die dieses schöne Ergebnis für unsere Gesinnungsgemeinschaft möglich gemacht haben.

Nun gilt es aber auch Tag für Tag die vor der Wahl gegebenen Versprechen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen für alle Post- Telekom- und Postbusmitarbeiter:innen umzusetzen. Frei nach dem Motto der FCG „FAIR im Dialog. STARK in der Sache" werden wir nicht müde werden, unsere berechtigten Forderungen auch Zug um Zug für die Kollegenschaft umzusetzen. Nur eine starke Personalvertretung und Gewerkschaft ist Garant dafür, dass sich die immer rascher veränderten Arbeitsbedingungen (KI) nicht negativ auf die arbeitenden Menschen auswirken.



Manfred Wiedner
Bundesvorsitzender FCG/GPF

Daher nicht bei den paar Euro für die Mitgliedschaft sparen, sondern deine Gewerkschaft mit deiner Mitgliedschaft stärken, damit wir nicht nur wieder die volle Inflationsrate, sondern auch noch einen Kaufkraftzuwachs bei den nächsten Gehaltsverhandlungen für dich erreichen können. ■

Herzlichst,
Manfred Wiedner

FCG/GPA goes neue Arbeitswelt



VON 10. BIS 12. AUGUST FAND DIE SOMMERKONFERENZ DER FCG/GPA statt. Rund 40 Sekretärinnen und Sekretäre trafen sich in Salzburg und nutzten die Tage, um sich mit den Veränderungen in der Arbeitswelt auseinanderzusetzen. In Theorie, aber vor allem in Praxis, denn sie näherten sich den Fragen und Herausforderungen in der Arbeitswelt im Zuge von Lernreisen in Unternehmen. Besucht wurden die Salzburg AG, Hilfswerk Salzburg und Liedl AG. Dort bekamen die Gewerkschafter:innen gute Einblicke bei Gesprächen mit Betriebsrätinnen und Betriebsräten sowie Personalverantwortlichen. Drei Unternehmen aus unterschiedlichen Branchen, die alle mit Veränderungen konfrontiert sind, aber jeweils gute Lösungen für die Mitarbeiter:innen und auch die Gesundheit des Unternehmens gefunden haben. ■

Wissen übers Land – Unterrichtsmaterialien zu den Themen Landwirtschaft, Lebensmittel, Wald und Wasser.



Auf **www.landwissen.at** finden Sie Angebote von mehr als 20 Organisationen, die sich mit diesen Zukunftsthemen befassen. Die Plattform wurde von der Hochschule für Agrar- und Umweltpädagogik im Auftrag des Bundesministeriums für Land- und Forstwirtschaft, Regionen und Wasserwirtschaft erstellt und wird laufend ergänzt.

IMPRESSUM

Medieninhaber, Herausgeber und Verleger: Zentralverband der christlichen Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer Österreichs | Adressverwaltung: FCG-Organisationsbüro, Tel.: 01/401 43-300, E-Mail: borgref@fcg.at | Beide: 1080 Wien, Laudongasse 16 | Web: www.fcg.at | ZVR-Zahl: 938 560 454 | Chefredaktion: Mag. Denis Strieder | Fotos: Wenn nicht anders angegeben: FCG, beigestellt.

Offenlegung gemäß Mediengesetz, § 25:
www.fcg.at/impressum

Pendlerinitiative übt scharfe Kritik an Mineralölkonzernen:

Das ist „modernes Raubrittertum“ an den Zapfsäulen

Sozialminister soll Verbandsklage auch gegen die Mineralölindustrie einbringen

Der Obmann der Pendlerinitiative, Peter Amreich, reagiert mit scharfen Worten auf die jüngsten Preisanstiege an den Tankstellen und wirft den in Österreich operierenden Mineralölkonzernen vor, sich wie „Wegelagerer“ aus vergangenen Zeiten zu verhalten. Er betont, dass die sprunghaften Preiserhöhungen von Diesel und Benzin innerhalb eines Monats als unverschämte Abzocke wahrgenommen werden und einer genaueren Überprüfung bedürfen.

Besonders verdächtig erscheint Amreich das zeitgleiche Anheben der Preise an Tankstellen verschiedener Unternehmen, einschließlich der Diskonter. Er fordert daher Sozialminister Johannes Rauch auf, ähnlich wie bei den Banken, auch gegen die Mineralölkonzerne eine Verbandsklage einzuleiten, um diesem als „Gierinflation“ wahrgenommenen Vorgehen Einhalt zu gebieten. Die jüngste Analyse des ÖAMTC für den Monat August zeigt einen signifikanten Anstieg der Spritpreise: Eine 50-Liter-Tankfüllung Super kostete im Juli durchschnittlich 79 Euro und stieg im Folgemonat auf 83 Euro an. Beim Diesel war der Anstieg sogar noch höher, von 78 Euro im Juli auf 84 Euro im August - ein beachtliches Plus von sechs Euro. Auffällig ist auch, dass Diesel seit Anfang August teurer ist als Super.



Peter Amreich
Pendlerobmann

Der Preisanstieg an den Tankstellen fällt in Österreich deutlich höher aus als in anderen EU-Ländern. Laut Daten der Europäischen Kommission sind die Nettopreise (exklusive CO2-Bepreisung, Steuern und Abgaben) für Diesel seit Anfang Juli 2023 in Österreich sogar um 20 Prozent gestiegen, während die Preise für Super um 14 Prozent zulegten - vier beziehungsweise fünf Prozentpunkte mehr als im EU-Durchschnitt.

Die Pendlerinitiative fordert daher entschlossene Maßnahmen gegen die Mineralölindustrie. „Dieser unverfrorene Griff in die Taschen der Pendler:innen und Autofahrer:innen muss gestoppt werden“, so Peter Amreich.

Dabei bekräftigt er, dass diese drastischen und gleichzeitig durchgeführten Preiserhöhungen nicht nur Pendler:innen und Autofahrer:innen belasten, sondern auch die gesamte heimische Wirtschaft erheblich beeinträchtigen. Die gestiegenen Treibstoffkosten führen zu weiteren Preissteigerungen in anderen Branchen und hemmen die nachhaltige Senkung der Inflation in Österreich. Amreich rechnet mit einer angemessenen Reaktion seitens des Sozialministers, um dieser Entwicklung Einhalt zu gebieten.

Die Pendlerinitiative fordert ein entschiedenes Vorgehen gegen diese Abzocke an den Zapfsäulen! ■

Betriebsbesuch mit anschließender Betriebsversammlung

AUF EINLADUNG VON BRV. RUDOLF MAUERHOFER besuchte ÖGB Landesvorsitzender-Stellvertreter und FCG-Landesvorsitzender Peter Amreich gemeinsam mit FCG Landesgeschäftsführer Rene Heinrich die Firma AGM Durmont Austria GmbH in Hartberg.

Nach einem ausführlichen Gespräch mit der Geschäftsleitung ging es gemeinsam zu der Betriebsversammlung, die im Zuge der anstehenden Betriebsratswahl durchzuführen war. Peter Amreich lobte vor Ort die gute Arbeit von BRV. Rudolf Mauerhofer und wies in seiner Ansprache unter anderem explizit darauf hin, dass die Abschaffung der kalten Progression einen nicht unwesentlichen monetären Mehrwert bei jeder und jedem Einkommensteuerpflichtigen bedeutet und er sich weiterhin für nächste Schritte der Steuerentlastung für Arbeitnehmer:innen einsetzen wird.



LGF Rene Heinrich überreicht BRV. Rudi Mauerhofer das Werbematerial für die anstehende Betriebsratswahl.

Auf Nachfrage der Belegschaft beantwortete LGF Rene Heinrich einige Fragen bezüglich der auslaufenden geblockten Variante der Altersteilzeit. **Die FCG Steiermark wünscht BRV. Rudolf Mauerhofer und seinem Team viel Erfolg für die anstehende Betriebsratswahl.** ■

Brücken schlagen zwischen den

DIE FCG-GENERATIONENTAGE FANDEN AUCH IN DIESEM JAHR unter der bewährten Leitung von Erich Amerer, Ehrenobmann und Vorsitzender der FCG-Pensionistinnen und Pensionisten, statt. Die Veranstaltung, die im AK Bildungszentrum Graz-Stiftingtal abgehalten wurde, bot den zahlreichen Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein äußerst interessantes Programm einschließlich der Vorstellung der neuen Mitglieder der ÖGB/FCG-Pensionistinnen und Pensionisten, Landesleitung Steiermark für die Periode bis 2027.





Die Eröffnung erfolgte durch die neue Führungsspitze der FCG, Bundesvorsitzende NRAbg. Romana Deckenbacher und GS Michael Schediwy-Klusek, welche die neuen Wege der FCG nach dem Bundeskongress ausführlich erläuterten, einschließlich Hintergrundinformationen über die ÖVP-Kanzlerpartei und geplante Maßnahmen. Ebenfalls vertreten und äußerst informativ waren die Vertreter:innen der österreichischen Pensionistinnen und Pensionisten mit Ingrid Korosec, derzeitige Präsidentin des Seniorenrates, und der Bundesvorsitzende der FCG-Pensionistinnen und Pensionisten Wilhelm Waldner.

Lebendige Zeitgeschichte und Blick in die Zukunft

Ein lebendiges Stück Zeitgeschichte wurde den Teilnehmerninnen und Teilnehmern vom internationalen Experten Univ.-Prof. Dr. Stefan Karner geboten, der über die Ursachen und Folgen des Ukrainekrieges referierte. Ebenso prominenter Gast war Josef Riegler, ehemaliger Vizekanzler und Schöpfer der Ökosozialen Marktwirtschaft, der einen umfassenden Einblick in sein politisches Leben gab. Bis hin zum Landesrat und ehemaligen Volksanwalt Werner Amon, der einen breiten Bogen seiner politischen Laufbahn bis hin zu seiner aktuellen Arbeit als Mitglied der Steiermärkischen Landesregierung spannte.

Besondere Aufmerksamkeit erhielt der Beitrag der jungen Generation. Lukas Tödling, der neue ÖAAB Landesgeschäftsführer, stellte das Programm des ÖAAB mit dem Fokus „Der Mensch im Mittelpunkt" vor. Eindrucksvoll war auch der Auftritt von Antonia Herunter, der Landesobfrau der Jungen ÖVP, sowie die Vorstellung der designierten Vorsitzenden der FCG Jugend Steiermark, Hanna Alijagic. Der Generalsekretär der FCG-Jugend, Alexander Jansa, bot einen umfassenden Überblick über die erfolgreiche Arbeit der FCG Jugend in ganz Österreich.

AK Wahl 2024 im Fokus

Das Programm wurde abgerundet durch

A1 Telekom Steiermark

AUF EINLADUNG VON SPITZENKANDIDAT PVO, ÖGB LVSTV. UND FCG-LANDESVORSITZENDEN PETER AMREICH fand im Weingut Weber der offizielle Wahlauftakt für die anstehende Gewerkschaftswahl und Personalvertretungswahl der A1 Telekom Steiermark vom 10. bis 12. Oktober 2023 statt. Peter Amreich schwor das gesamte Team nochmals ein und wies darauf hin, dass jede einzelne Stimme der A1 Kolleginnen und Kollegen bei dieser Wahl zählt! Unter den Ehrengästen und Unterstützerinnen und Unterstützern waren Zentralausschuss Mitglied Gottfried Kehrer, FCG Landesgeschäftsführer Rene Heinrich und von der ÖBV Versicherung Landesdirektor Konrad Graßnig. **Die FCG-Steiermark wünscht viel Erfolg!** ■



Das A1-Team mit Unterstützer:innen / Ehrengästen v.l.n.r.: LGF Rene Heinrich, PVO-Stv. Elfriede Baider, Landesdirektor Konrad Graßnig und PVO Peter Amreich.

Generationen

FCG-Landesvorsitzenden KR Ing. Peter Amreich, der alle Teilnehmer:innen erneut auf das Wahljahr 2024 einschwor, und ebenso wie FCG-Landesgeschäftsführer Rene Heinrich die immense Bedeutung der bevorstehenden AK-Wahl für ÖAAB und FCG betonte. Später wurde von Peter Amreich sogar noch die Rolle des Grillmeisters bei der Abendveranstaltung übernommen. Sehr herzlich als Gast begrüßt wurde Andreas Gjecaj, der neue Präsident der Katholischen Aktion Steiermark. Ein großer Dank gilt Christina Economou-Klug, der Organisationsassistentin der FCG, für ihre Vorbereitungen, ebenso wie Richard Kupfner, dem Pensionisten-Sekretär, und nicht zuletzt dem Moderator Ehrenvorsitzenden Franz Gosch, der auch seinen „Jakobsweg" präsentierte. ■





idlab media/Christian Schellnegger



Wo der Spaß niemals zu kurz kommt ...

Ab 1.9.2023 anmelden unter www.vhsstmk.at

Mit dem 60-Euro-Bildungsscheck der AK

Eine Bildungseinrichtung der Arbeiterkammer Steiermark.

VOLKSHOCHSCHULE STEIERMARK

SOMMERAKADEMIE der FCG-Frauen Steiermark

Unsere traditionelle Sommerakademie fand am 28. und 29. August 2023 im Hotel Stoiser in Loipersdorf statt.



Sarika Duller, unsere FCG-Landesfrauenvorsitzende, hat im April geheiratet und heißt jetzt Sarika Pichler. Im Mai kam ihr Sonnenschein Noah zur Welt. Sarika ist derzeit in Elternkarenz. Herzliche Gratulation und alles Liebe der Jungfamilie!

Die Organisation der Sommerakademie übernahm Sarika. Die Durchführung und Leitung vor Ort übernahm zur Gänze ich, Karin Fechter, als ihre Vertretung.

Am 1. Tag konnten wir Mag.ª Ursula Hafner, FCG-Bundesfrauenvorsitzende, bei uns begrüßen. Uschi wurde beim FCG-Frauenkongress im April 2023 zur neuen FCG-Bundesfrauenvorsitzenden gewählt. Unter dem Motto „Balance macht Sinn".

Sie berichtete uns vom FCG-Frauenleitantrag - beim Thema Kinder ist uns die individuelle Wählbarkeit für Frauen wichtig. Sowie aktuelle Frauenthemen im Bund, den Gender Pension Gap, vom FCG-Bundestag, bei dem Romana Deckenbacher als neue FCG-Bundesvorsitzende und starke Frauenstimme gewählt wurde.

Im Anschluss konnten wir Michael Schediwy-Klusek, neuer FCG-Generalsekretär, begrüßen. Er bringt jahrzehntelange Erfahrung in der Gewerkschaftsarbeit und Netzwerke für seinen neuen Aufgabenbereich mit. Derzeit tourt er mit Romana Deckenbacher gemeinsam durch Österreich. Er erzählte uns von seinen Ideen sowie vom Grete-Rehor-Hilfsfond, der Menschen mit Behinderung unterstützt.

Am Nachmittag begrüßten wir Eva Grassmugg, Landesgeschäftsführerin der Steirischen VP-Frauen, in unserer Runde. Mit einer Power-Point Präsentation stellte sie uns ihren Wirkungskreis und Aufgabenbereich vor, sowie die enge Zusammenarbeit mit Landtagspräsidentin Manuela Khom. Im Anschluss gab es einen regen Austausch und dabei wurden gemeinsame „Frauenthemen" wie Kinderbetreuung, Pflege, Fachkräftemangel schnell gefunden. Fortsetzung und das Arbeiten an gemeinsamen Lösungsideen wurde beidseitig gewünscht. Den Tag ließen wir gemütlich im Austausch und Selbstreflexion ausklingen.





Am 2. Tag begrüßten wir zum Workshop Gregor Wassermann, Persönlichkeitscoach. Zum Thema Selbstpräsentation: „Mehr Erfolg durch mehr Persönlichkeit" sowie Menschenkenntnis: „Um die Beziehung zu anderen positiver zu gestalten". Wir lernten „was Augen verraten" und „wie wichtig die Stimme ist" und erhielten Tipps der unterschiedlichen Kommunikation mit den vier Persönlichkeitstypen. Fortsetzung des Workshops unbedingt erwünscht!

Ein herzliches Dankeschön an alle Referent:innen und unsere steirischen FCG-Frauen, die durch ihre Offenheit und das wertschätzende Miteinander auch diese Sommerakademie zum vollen Erfolg machten! ■

Karin Fechter
Landesfrauenvorsitzende Stv.

Ohne Kalte Progression lohnt sich Arbeit wieder mehr!

FCG-Landesgeschäftsführer Fritz Pöltl: „Für uns war immer klar, dass Menschen, die tagtäglich ihre Leistungen erbringen, keine Nachteile erfahren sollen!“

7,5 Millionen Menschen werden von der Abschaffung der Kalten Progression in Österreich profitieren, nachdem der Finanzminister ein Entlastungspaket präsentiert hat, das mit dem bisher noch nicht festgelegten Drittel der voraussichtlichen Steuermilderung finanziert werden soll. Konkret sind es 1,18 Mrd. Euro, welche ab 1. Jänner 2024 der arbeitenden Bevölkerung zusätzlich zugutekommen. Durch die automatisierte Anpassung der ersten beiden Drittel werden die Steuerzahlerinnen und Steuerzahler bereits um 2,47 Mrd. Euro entlastet.

FCG-Forderung

„Damit ist dem FCG-Grundsatz ‚Leistung muss sich lohnen‘ voll entsprochen worden“, freut sich Fritz Pöltl, Fraktionsvorsitzender in der Arbeiterkammer Wien, ganz besonders. Er und seine Fraktion hatten jahrzehntelang die Abschaffung der schleichenden Steuererhöhung verlangt, die bei jeder Gehaltserhöhung dem jeweiligen Finanzminister ein stattliches Körberlgeld beschert hatte. Zuletzt waren es 3,65 Milliarden Euro.



Fritz Pöltl
FCG-Wien-Landesgeschäftsführer

Fritz Pöltl: „Jahrzehntelang ist darüber von allen Parteien nur gesprochen worden, aber keine Regierung hat die Abschaffung vollzogen. Bundeskanzler Karl Nehammer ist dieser Meilenstein nun tatsächlich gelungen!“

Wer profitiert?

Die steuerliche Verbesserung kommt nun der arbeitenden Bevölkerung zugute. Zum Großteil durch sinkende Steuern, aber auch – sozial abgefedert – durch eine bessere Förderung der Familien und Kinder. Etwa durch die Erhöhung des Kindermehrbetrages von 550 auf 700 Euro für Familien mit geringem Einkommen. Aber auch durch die Verlängerung des Home-Office-Steuerabsetzbetrages oder die Ausweitung der steuerlichen Begünstigung von Überstunden.

Wertschätzung

Fritz Pöltl: „Die Erhöhung der Steuerfreigrenzen bei Überstunden und bei Schwer- und Schmutzarbeit ist ein starkes Zeichen der Wertschätzung an alle, die viel leisten. Für uns war immer klar, dass Menschen die tagtäglich ihre Leistungen erbringen, keine Nachteile erfahren sollen!“ ■

Mutter-Kind-Pass: Honorar von Ärztinnen und Ärzten erhöht!

FCG-LANDESGESCHÄFTSFÜHRER FRITZ PÖLTL: „UNSERE FORDERUNGEN FÜR DIE JUNGEN FAMILIEN WURDEN VON DER BUNDESREGIERUNG ERFÜLLT!"

Unter dem Titel „Bürokraten haben Handlungsbedarf“ hat unsere AK-Fraktion in der Arbeiterkammer Wien immer wieder die Beseitigung von bürokratischen Hürden in der Familienpolitik gefordert. Faktionsvorsitzender Fritz Pöltl damals: „Die durchaus positiven Maßnahmen in Sachen Familienpolitik der vergangenen Monate dürfen jetzt doch nicht an der Bürokratie zerschellen!“

Forderungen erfüllt

Eine der Forderungen betraf auch die Erhöhung der Ärztinnen- und Ärzte-Honorare für die Mutter-Kind-Pass-Untersuchungen. Jetzt hat die Bundesregierung reagiert und auch dieses familienpolitische FCG-Anliegen erfüllt: Die Honorare von Ärztinnen und Ärzten für Eltern-Kind-Pass-Untersuchungen werden rückwirkend ab 1. Jänner erhöht. Die Bundesregierung hat die Budgetmittel dafür, insgesamt 19,75 Millionen Euro pro Jahr, freigegeben, nachdem sich Sozialversicherung und Ärztekammer auf die neuen Tarife geeinigt hatten. Die erste Erhöhung der Honorare nach fast 30 Jahren beträgt im Durchschnitt rund 75 Prozent.

Fritz Pöltl: „Eine wichtige Maßnahme, denn die Untersuchungen sind wichtig und zuletzt zum Wohl der Kinder immer wieder ausgeweitet und für Eltern, etwa beim Kinderbetreuungsgeld oder beim Papamonat, endlich vereinfacht worden.“ ■

6. Urlauswoche versus Arbeitszeitverkürzung

FCG-Landesgeschäfts-führer Fritz Pöltl: „Die Möglichkeiten sollen die Sozialpartner sondieren, aber nicht politische Populistinnen und Populisten bestimmen!“

Der Sommer hat nicht nur hohe Temperaturen beschert, sondern leider auch zahlreichen skurrilen Ideen eine publizistische Bühne verschafft. Vom erwerbslosen Grundeinkommen bis zu einem rechtlich völlig absurden Mietpreisdeckel war alles wieder dabei, was unerfüllbar bleiben wird. Zuletzt ist einmal mehr das Thema Arbeitszeitverkürzung hochstilisiert worden.

Falscher Zeitpunkt

Fritz Pöltl, Fraktionsvorsitzender der AK-Wien: „Dass dies ausgerechnet zu einem Zeitpunkt erfolgt ist, zu dem die Inflationsrate schwindelnde Höhen erreicht hat, zeigt das mangelnde Verständnis mancher Politiker:innen über die wirtschaftlichen Zusammenhänge deutlich auf.“

Eine generelle Arbeitszeitverkürzung bedeute etwa in der Produktion höhere Stückkosten und damit eine Verteuerung der Produkte. Fritz Pöltl: „Das würde der Inflation nur einen neuen Schub bringen und damit den Konsum noch weiter schwächen.

Sozialpartner

Lassen wir doch die Profis in der Arbeitswelt, die Betriebsrätinnen und Betriebsräte und Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter die Probleme sozialpartnerschaftlich sondieren, wo immer eine Verkürzung der Arbeitszeit möglich und vielleicht sogar sinnvoll wäre und erst dann in die Realisierung gehen.“ Schon heute gibt es Branchen, in denen es keine 40-Stunden-Woche mehr gibt, wie sie das Gesetz vorgibt. Arbeitszeiten von 38 ½ Stunden und auch 36 Stunden sind heute schon in vielen Branchen kollektivvertraglich vereinbart. Und zwar meist dort, wo die Produktivität auch entsprechend gestiegen ist. Und dann gibt es ja noch die zahlreichen Home-Office-Varianten.

Nur Wahlschlager

Fritz Pöltl: „Einige Neo-Politiker:innen wollen nun die 32-Stunden-Woche zu einem Wahlschlager machen und nicht mehr. Die 6. Urlaubswoche hingegen sollte für alle Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer möglich sein, auch wenn sie nicht bei ein und derselben Firma bis zu ihrer Pensionierung arbeiten. Das wäre durchaus ein Beitrag für eine bessere Work-Life-Balance zwischen dienstlichem Engagement und den nötigen privaten Erholungsphasen. Allerdings: Dies ist bis heute nicht umgesetzt worden!“ ■

Das Kilometergeld muss endlich erhöht werden

FCG-LANDESGESCHÄFTSFÜHRER FRITZ PÖLTL: „OFFENBAR SIND DEN GRÜNEN DIE VIELEN ARBEITNEHMER:INNEN ZU WENIG WICHTIG, ALS DASS MAN EINER ERHÖHUNG ZUSTIMMT!“

Allen Beteuerungen und Ankündigungen zum Trotz ist eine Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes immer noch nicht in Sicht. Und das schon seit 18 Jahren, denn der ÖAMTC hat schon im Jahre 2005 errechnet, dass jeder gefahrene Pkw-Kilometer im Schnitt 46,2 Cent kostet. Das amtliche Kilometergeld beträgt aber seit damals 0,42 Euro. Die Arbeitnehmer:innen, die ihr Privatfahrzeug für betriebliche Zwecke nutzen müssen, haben seither ein Verlustgeschäft zu verkraften. Die Preistreiber: Fast verdoppelte Spritpreise, Park- und Autobahngebühren und die horrenden Reparaturkosten, die jährlich sogar zwischen 8 und 10 Prozent angestiegen sind. Fritz Pöltl, Fraktionsvorsitzender in der Arbeiterkammer Wien: „Alle diese Kosten wurden Jahr für Jahr valorisiert, nur das Kilometergeld ist gleich geblieben. Auch ohne diese Kosten war das Kilometergeld schon lange nicht mehr kostendeckend! Es müsste aktuell bei mehr als 60 Cent pro Kilometer liegen.“

Grüne Blockade

Nachdem Bundeskanzler Karl Nehammer angekündigt hat, dass es in Zeiten hoher Inflation finanzielle Entlastungen für Menschen geben muss, die täglich ihren Beitrag für die Gesellschaft leisten und ihnen mehr zum Leben bleiben muss, hat VP-Klubchef August Wöginger die Erhöhung des amtlichen Kilometergeldes sogar ausdrücklich erwähnt. Da dennoch bisher keine Bewegung zu erkennen ist, muss eine Blockade des grünen Koalitionspartners angenommen werden. Fritz Pöltl: „Offenbar sind den Grünen die vielen Arbeitnehmer:innen zu wenig wichtig, als dass man einer Erhöhung zustimmt!“ Die Folge: Die Betroffenen müssen mit ihren schwer verdienten Gehältern gleichsam die Betriebe sponsern und für die Mehrkosten der geleisteten Kilometer sogar auch noch die amtlich einbehaltene sündteure Mineralösteuer schultern. ■

Bargeld in der Verfassung

FCG-Landesgeschäftsführer Fritz Pöltl: „Wir sind über den Schritt des Bundeskanzlers Karl Nehammer mehr als erfreut!“

Bargeld ist bei den Österreicherinnen und Österreichern mehr als nur beliebt. Je nach Alter der Konsumentinnen und Konsumenten werden 50 bis 70 Prozent aller Bezahlvorgänge immer noch mit Scheinen und Münzen bestritten. Nicht zuletzt, weil sie keine Nebenkosten wie Bankspesen oder Kreditkartengebühren verursachen.

Bargeld ist so beliebt und wichtig, dass es nun sogar in den Verfassungsrang gehoben werden wird. Eine Diskussion darüber gibt es schon länger. Nun aber hat Bundeskanzler Karl Nehammer Nägel mit Köpfen gemacht und sich selbst der Sache angenommen. Und in weiten Bereichen der politischen Mitbewerber:innen gibt es dafür auch Zustimmung.



Foto: © AdobeStock - foto_tech

FCG-Forderung

„Unsere Fraktion in der AK Wien hat seit Jahren die Forderung erhoben, die Zahlungen mit Bargeld auch in Zukunft zu sichern. Wir sind daher über den Schritt des Bundeskanzlers mehr als erfreut“, lobt Fritz Pöltl, Vorsitzender der AK-Fraktion, die Entscheidung. Zuletzt hatte ja auch die Pandemie dafür gesorgt, dass die Bankomatkarte bei alltäglichen Ausgaben öfter gezückt werden musste als gewohnt.

Krisenvorsorge

„Die steigenden Zahlen haben die Vertreter:innen der Finanzwelt leider wieder dazu verleitet, die Abschaffung des Bargeldes zu verlangen. Nicht zuletzt wegen der finanziellen Schieflage vieler Bankinstitute. Das wäre aber eine fatale Fehlentscheidung“, warnt Fritz Pöltl energisch. Gegen die Abschaffung von Bargeld gibt es auch ernste Bedenken wegen Verletzung der Privatsphäre, etwa bei Geschenken oder Bargeldspenden. Auch der Wunsch nach Anonymität etwa bei Kauf von Medikamenten oder Inanspruchnahme von Dienstleistungen spielt dabei eine Rolle. Und nicht zuletzt auch als Krisenvorsorge: Etwa bei einem Blackout, wenn das Bankensystem oder die Supermarktkasse für längere Zeit komplett ausfällt. Als Gründe für Bargeldzahlungen werden von den Konsumentinnen und Konsumenten auch Übersichtlichkeit, Einfachheit, Raschheit sowie die Gebührenfreiheit genannt. ■

Schulstart zur Politschlacht missbraucht

FCG-LANDESGESCHÄFTSFÜHRER FRITZ PÖLTL: „MANGEL AN RESSOURCEN IN DER BILDUNG INSGESAMT BEKRITTELT, ABER ZUMEIST BEIM FALSCHEN ADRESSATEN!“

Mit einer Medianaktion hat die Sozialistische Jugend zu Schulbeginn unter dem Motto „Weg mit Leistungsdruck und Stress in der Schule!“ auf den Schulstart in einer destruktiven Weise auf angebliche Unzulänglichkeiten im Schulsystem aufmerksam gemacht. Den Vertreterinnen und Vertretern der SJ gingt es dabei offenbar ausschließlich um eine politische Abrechnung mit der Bundesregierung, denn schon in der Einladung an die Medien war zu lesen: „Die Schule ist kein Ort, vor dem man sich fürchten muss - das scheint aber der Bundesregierung und vor allem Bildungsminister Polaschek herzlich egal zu sein.“

Zuständige Stadt Wien

Fritz Pöltl: „Dass die SJ den unglaublich hohen Einsatz der Lehrerinnen und Lehrer komplett ignoriert und nur eine politische Schlammschlacht zum Schulbeginn betrieb, ist wirklich letztklassig. Offensichtlich haben die Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in ihrer Schulzeit statt aufzupassen, nur politische Agitation gelernt. Dass auch die roten Kinderfreunde den Schulstart als politisches Aufmarschgebiet missbrauchen, rundet die Politschlacht ab. Die 1,2 Mio. Kinder und Jugendliche, die mit Anfang September Schulbeginn hatten oder in das neue Kindergartenjahr starteten, hätten keine guten Aussichten, wurde bemängelt. Fritz Pöltl: „Dass für die meisten der Betroffenen sowie die meisten Schulen und Kindergärten die rot-pinke Stadt Wien zuständig ist, wollen die Kinderfreunde offenbar nicht wahrhaben. Also wird der Mangel an Ressourcen in der Bildung insgesamt bekrittelt. Man möge doch die Kritik gleich an den Wiener Stadtschulrat und den für Bildungsfragen zuständigen Stadtrat Christoph Wiederkehr richten!“ ■

Kickl will Vertretung der Arbeitnehmer:innen schwächen!

FCG-Landesgeschäftsführer Fritz Pöltl: „Die AK bietet Sicherheit für die 'kleinen Leute' und darf nicht als Exerzierfeld für rechte Ideologien missbraucht werden."

Die FPÖ brachte am 30.8.2023 in der Sondersitzung des Nationalrates einen Antrag auf Abschaffung einer verpflichtenden Mitgliedschaft in der Arbeiterkammer ein. Die scheinheiligen Begründungen der Antragsteller:innen unter der Führung von Herbert Kickl sind: Ein angeblich verschwenderischer Umgang mit den AK-Mitgliedsbeiträgen und die vermeintlich zu hohen Traumgehälter der Funktionärinnen und Funktionäre. Die Behauptung ist freilich nicht mehr als ein übler Wahlkampfgag.

Vertretung zerstören

Gewerkschafter Fritz Pöltl, FCG-ÖAAB-Fraktionsvorsitzender in der AK Wien: „Kickl will in Wahrheit nur die Vertretung zerstören, welche für die 'kleinen Leute', die Arbeiterinnen und Arbeiter, die Angestellten und die finanziell Schwachen in unserer Gesellschaft wertvolle Arbeit leisten."

0,5 % Umlage

Tatsächlich beträgt die AK-Umlage für die Arbeitnehmer:innen 0,5 Prozent der Beitragsgrundlage für die Krankenversicherung. Der Höchstbeitrag beträgt rund 16 Euro. Der durchschnittliche Beitrag, den die vier Millionen Arbeitnehmer:innen zu leisten haben, liegt bei acht Euro pro Monat, wobei eine Million überhaupt keine Beiträge zu bezahlen haben. Nämlich alle geringfügig Beschäftigten, Mitarbeiter:innen in Karenz, Lehrlinge oder Arbeitslose, etc. Sie alle zahlen keinen Cent, werden aber dennoch solidarisch vertreten. Aus den AK- Beiträgen werden alle Leistungen finanziert. So zum Beispiel Rechtsschutz, Unterstützung bei Insolvenzen, der Konsumentenschutz allgemein sowie die Vertretung der Interessen der Arbeitnehmer:innen bei Streitfällen mit der Arbeitgeberin bzw. dem Arbeitgeber und vieles mehr. Für jeden Euro, der in der AK als Beitrag eingeht, holen die Expertinnen und Experten der Arbeiterkammer weit mehr als einen Euro an geldwerten Leistungen direkt für die Mitglieder heraus. Das sind jährlich mehr als 500 Mio. Euro, wenn etwa Überstunden nicht ausbezahlt wurden, ungerechtfertigte Entlassungen vorliegen oder die Mitarbeiter:innen bei der Sozialversicherung nicht korrekt oder gar nicht angemeldet waren.

Beispielgebend

Fritz Pöltl: „Was die hohen Funktionärsgagen betrifft, so könnten die Freiheitlichen Arbeitnehmer:innen im AK-Parlament in Wien ja den Kickl-Vorschlag aufnehmen und ihre 16 Sitze sofort räumen. Sie könnten sich damit als AK-Fraktion abschaffen, bevor sie bei der nächsten Wahl im Jahr 2024 von den vier Millionen AK-Mitgliedern wegen Erfolglosigkeit abgewählt werden." ■

FCG-Bezirksvorsitzender Alfred Dittrich besucht Liesinger Betriebe

EIN INTENSIVES BESUCHSPROGRAMM DER LIESINGER BETRIEBE steht auf der Agenda von FCG-Bezirksvorsitzenden Alfred Dittrich. Gemeinsam mit Vertreterinnen und Vertretern aus Wirtschaft und Politik hat er die Beschäftigten direkt vor Ort besucht und neue Kontakte geknüpft - wichtigstes Thema: die kommenden Arbeiterkammerwahlen 2024! ■





AK/ÖGB Familienfeste 2023



AUCH IN DIESEM SOMMER UND HERBST gingen wieder die beliebten AK/ÖGB Familienfeste über die Bühne, bei denen wieder ein vielfältiges Freizeit- und Eventprogramm für die ganze Familie angeboten wurde. Auch die GÖD NÖ mit ihren zahlreichen FCG Funktionärinnen und Funktionären war vertreten und konnte viele Besucherinnen und Besucher über die aktuellen Vorteile für GÖD-Mitglieder informieren, sowie interessante Einblicke in den öffentlichen Dienst gewähren.

Fotocredit: AK NÖ



AK-Familienfest Industrieviertel v.l.n.r.: GÖD-Landesvorsitzender Matthias Deiser, FCG-Bezirksvorsitzender KR Christian Gruber, GÖD-Bezirksvorsitzender Peter Hollendohner

AK Familienfest Weinviertel

GÖD-Landesvorsitzender Matthias Deiser sowie AK Vizepräsident Josef Hager besuchten ebenfalls das erfolgreiche Fest in Schrems und gratulierten GÖD-BezirksvorsitzendemKR Franz Hammer zur gelungenen Organisation der GÖD-Station.



AK-Familienfest Waldviertel v.l.n.r.: FCG-Bezirksvorsitzender Johannes Fessl, GÖD-Bezirksvorsitzende Sabine Neunteufl, GÖD-Bezirksvorsitzender Christian Grümeyer

Treffen der FCG Jugend mit Funktionärinnen und Funktionären

ERSMALIG ORGANISIERTE DIE FCG JUGEND EIN TREFFEN mit jungen engagierten Gewerkschafterinnen und Gewerkschaftern. Dabei wurden FCG NÖ Funktionäreinnen und Funktionäre und interessierte FCG-Mitglieder über die bevorstehende AK Wahl 2024, über den Aufbau der FCG sowie über den ÖGB informiert. Auch FCG NÖ Vorsitzender Matthias Deiser, AK Vizepräsident Josef Hager, FCG NÖ Landesgeschäftsführerin Kerstin Pichler sowie Kammerrat Thomas Svejda nahmen sich Zeit, um über ihren Aufgabenbereich zu berichten.



v.l.n.r.: Michael Benedikter, AK Vizepräsident Josf Hager, Aliya Blauensteiner, Annika Svejda, FCG Landesjugendvorsitzende Carola Grömer, FCG Landesgeschäftsführerin Kerstin Pichler, Isabella Suchanek, FCG Vorsitzender Matthias Deiser, Hubert Binder

Betriebsräte:innen vor dem Vorhang –

Thomas Faulhuber ist als Arbeiterbetriebsrat am Flughafen Wien-Schwechat für fast 2000 Beschäftigte verantwortlich. Im ausführlichen Interview erzählt er über die täglichen Herausforderungen, die kommenden Ziele und seine Motivation, sich für die Kolleginnen und Kollegen täglich einzusetzen.



Foto: © Rudolf Schmied

Magazin „Vorrang Mensch“: Du bist seit vielen Jahren als Arbeiterbetriebsrat am Flughafen Wien-Schwechat tätig. Was war bis jetzt die größte Herausforderung, die es für dich und dein Betriebsratsteam zu bewältigen gab?

KR Thomas Faulhuber: Eindeutig die Corona-Pandemie! Plötzlich standen sehr viele Arbeitsplätze auf der Kippe. Die komplette zivile Luftfahrt lag am Boden.

Aber während dieser schweren Zeit haben mein Team und ich sicherlich die besten Kurzarbeitsvereinbarungen Österreichs mit dem Unternehmen getroffen und damit die Jobs unserer Kolleginnen und Kollegen gesichert.

Magazin „Vorrang Mensch“: Jeder hat einmal klein angefangen. Wie kamst du mit dem Betriebsrat in Kontakt bzw. wer hat dich animiert, als Betriebsrat zu kandidieren?

KR Thomas Faulhuber: Ich bin überzeugt, dass mein ausgeprägter Gerechtigkeitssinn für mein Engagement verantwortlich war, da meine Vorgänger keine Probleme erkannten und diese auch ignorierten. Daher musste ich selber aktiv werden!

Magazin “Vorrang Mensch“: Die Corona-Pandemie hat natürlich auch, wie du schon erwähnt hast, den Flugverkehr sehr hart getroffen. Wie sieht die derzeitige Situation aus? Hat sich der „Normalbetrieb“ in diesem Sommer wieder eingestellt?

KR Thomas Faulhuber: Ja, wir sind Gott sei Dank wieder auf Kurs und fast auf Vorkrisenniveau von 2019.

Magazin “Vorrang Mensch“: Derzeit werden in fast jeder Branche Arbeitskräfte gesucht. Was unternimmt der Flughafen Wien-Schwechat bzw. der Betriebsrat, um als Arbeitgeber weiterhin attraktiv zu bleiben?

KR Thomas Faulhuber: Während andere Unternehmen über eine 6. Urlaubswoche sprechen, haben wir diese bereits 2015 eingeführt. Außerdem wurde bei uns das Einstiegsgehalt um bis zu 44% erhöht. Dadurch wurde der Standort für neue Arbeitskräfte natürlich wieder interessanter.

Magazin “Vorrang Mensch“: Die Arbeit als Betriebsrat ist, wie wir alle wissen, oft sehr zeitintensiv und anstrengend. Was motiviert dich, dich tagtäglich für die Kolleginnen und Kollegen einzusetzen?

KR Thomas Faulhuber: Es freut mich sehr, dass mein Team und meine Büromitarbeiter:innen gut zusammenarbeiten und wir alle für die selbe Sache kämpfen. Denn nicht immer herrschte ein gutes Klima. Doch seit ich im Jahre 2023 den Vorsitz übernommen habe, macht das Arbeiten wieder Spaß. Nur gemeinsam sind wir stark!

Magazin “Vorrang Mensch“: Du engagierst dich auch als Kammerrat im Team der NÖAAB-FCG AK Fraktion. Welche Anträge, die bereits eingebracht wurden, sind dir ganz besonders in Erinnerung?

KR Thomas Faulhuber im Gespräch

KR Thomas Faulhuber: Es gibt zahlreiche gute Anträge von der NÖAAB-FCG AK Fraktion.

Ich denke aber, unsere eingebrachte Forderung, die Kalte Progression abzuschaffen, zählt zu den wichtigsten in den letzten Jahren.

Magazin „Vorrang Mensch": Was sind die weiteren Ziele für dich als Betriebsrat? Was möchtest du für die Kolleginnen und Kollegen als nächstes umsetzen?

KR Thomas Faulhuber: Wichtig ist, dass sich das Arbeiten wieder lohnen muss! Ganz nach dem Motto „Arbeite, um zu leben. Lebe nicht, um zu Arbeiten!"

Magazin „Vorrang Mensch": Zum Schluss eine persönliche Frage: Wo verbringst du gerne deinen Urlaub? Fliegst du auch gerne weg oder bleibst du lieber am Boden, sprich in Österreich?

KR Thomas Faulhuber: Seit der Pandemie bin ich gerne mit meinem alten VW Eos Cabrio – natürlich offen – in Österreich unterwegs, vom Neusiedlersee bis zum Bodensee – wo es meine Frau und mich gerade hin verschlägt. ■

Danke für das Gespräch!

Thomas Faulhuber Steckbrief:

Wohnort: Hainburg an der Donau

Hobbys: Fischen, Autobasteln, Labradorhündin Mia

Lieblingsband: AC/DC

Lieblingsbuch: Arbeitsrecht Kodex

Lieblingsort: Donauauen

Das ist bei mir top: meine Autos

Das ist bei mir ein Flop: meine Waage

Mit dieser Person würde ich mich gerne treffen: Max Verstappen

Motto: geht nicht, gibt's nicht!

FCG NÖ Oktoberfest 2023 – Auch heuer wieder ein großer Erfolg

BEREITS ZUM 15. MAL WURDE DAS TRADITIONELLE FCG NÖ OKTOBERFEST mit 200 FCG Funktionärinnen und Funktionären abgehalten. Bei strahlendem Sonnenschein führte FCG NÖ Vorsitzender Matthias Deiser den symbolträchtigen Bieranstich mit zahlreichen Ehrengästen, darunter auch Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister und FCG Bundesvorsitzende und NR.-Abg. Romana Deckenbacher, durch. Für gute Stimmung sorgte wieder das Duo von „musik4dance" und beim Glücksrad der FCG-Jugend gab es tolle Preise zu gewinnen. ■



Das Fest wurde auch zum Netzwerken der verschiedenen Berufsgruppen genützt.



v.l.n.r.: FCG NÖ Landesgeschäftsführerin Kerstin Pichler, LAK-Präsident Andreas Freistetter, ÖBV-Vorstandsvorsitzender Stefan Mikula, FCG Landesvorsitzender Matthias Deiser, Reg. Rat Alfred Schöls, GÖD Bundesvors.-Stellvertr. Johann Zöhling, ÖBV-Landesdirektor Helmut Geissler, FCG Bundesvorsitzende NR Romana Deckenbacher, AK-Vizepräsident Josef Hager, GÖD Bundesvors.-Stellvertr. u. GÖD Frauenvors. Monika Gabriel, Vizebürgermeister Matthias Adl

NÖ Frauenlauf:
Über 2700 sportliche Frauen erlaufen über 22.104 Euro für krebskranke Landsleute

MEHR ALS 2700 LÄUFERINNEN, darunter auch zahlreiche GÖD/FCG-Funktionärinnen, gingen am 3. September 2023 beim 17. NÖ Frauenlauf am Gelände der Seenlandschaft in St. Pölten an den Start.

Das Event ist ein sportliches Ereignis für alle Generationen und für die ganze Familie. Im Vordergrund stand das gemeinsame Interesse und die Freude an Fitness und Bewegung – unabhängig vom Alter.

Die Läuferinnen konnten dabei ihre Strecke frei wählen. Angeboten wurden drei Distanzen (9,8 Kilometer, 5,2 Kilometer und 2,5 Kilometer), eine 5,2 Kilometer Nordic-Walkingstrecke und zwei Kinder-Laufstrecken (500 Meter bzw. 1000 Meter). Außerdem gab es eine 2er Generationen-Teamwertung, bei der ganz Junge und schon „etwas Ältere" gemeinsam um den Sieg laufen konnten: Mindestaltersunterschied 20 Jahre.

Der Frauenlauf punktete auch heuer wieder mit sozialem Engagement. Seit Jahren wird sportliches und soziales Engagement sehr erfolgreich für eine gute Sache vereint. Altbewährt sind die Partner:innen der Aktion „Laufen gegen Krebs" des NÖ Frauenlaufs, die gemeinsam mindestens 50 Cent pro gelaufenen Kilometer für die NÖ Krebshilfe und die Stammzellenspende des Roten Kreuzes spenden.



Foto: © Org. Team NÖ Frauenlauf

Landesrätin Christiane Teschl-Hofmeister gratulierte den GÖD-Frauen zu den großartigen Leistungen.

Die GÖD-NÖ Frauen gewannen schon beim ersten Antreten die Wertung als größte Gruppe mit über 200 Teilnehmerinnen, die beim Startgeld durch die GÖD-NÖ unterstützt wurden. Dieses Jahr konnte der erste Platz verteidigt werden, mit 276 Teilnehmerinnen stellen die GÖD-NÖ Frauen weiterhin das größte Team. Aufgrund des großen Zuspruches ist auch nächstes Jahr wieder eine Teilnahme der GÖD-NÖ Frauen geplant. ■

Betriebsräteversammlung d. NÖ Gesundheits- und Pflegezentren

IM ARBEITNEHMER:INNEN-ZENTRUM ST. PÖLTEN fand auch dieses Jahr wieder die Betriebsräteversammlung des Zentralbetriebsrates „NÖ Gesundheits- und Pflegezentren" und die fraktionelle Vorbesprechung der Wählergruppe NÖAAB-FCG statt. Neben den einleitenden Worten von FCG Landesvorsitzendem Matthias Deiser und Fraktionsvorsitzendem Rudolf Zeller stellte ZBR-Vorsitzender Gottfried Feiertag die Themenschwerpunkte für 2023 und 2024 vor. Eine ganz wesentliche Rolle spielen etwa die Dienstplanstabilität oder die Personalbedarfsberechnung.



v.l.n.r.: LV-Vors. Karl Streicher; Fraktionsvors. Rudolf Zeller; ZBR-Vors. Gottfried Feiertag; GÖD-Vors. Matthias Deiser; Bundesvertr.-Vors. Reinhard Waldhör

Auch Landeshauptfrau Johanna Mikl-Leitner sprach über die bereits umgesetzten Forderungen sowie über die noch bestehenden Herausfordferungen und bedankte sich bei den anwesenden Betriebsräten:innen für den täglichen Einsatz. ■